

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE

zur Aktuellen Stunde

„Hochwasserereignisse analysieren und Konsequenzen ziehen“

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die extremen Niederschläge und die damit verbundenen Hochwasserereignisse haben 2010 und Anfang 2011 zu großen Belastungen bei betroffenen Bürgern und Betrieben geführt. Gleichzeitig wurden Erfahrungen gesammelt, die für den zukünftigen Hochwasserschutz und für das akute Krisenmanagement ausgewertet werden können.

Der Landtag begrüßt die von der Landesregierung in die Wege geleitete Analyse der Hochwasserereignisse und die Umsetzung der Schwerpunktaufgaben im Hochwasserschutz. Dazu zählen der Abschluss der Deichsanierung an Elbe und Oder, die Beseitigung der an den Hochwasseranlagen entstandenen Schäden und die stärkere Berücksichtigung von Schwarzer Elster, Neiße, Spree und Dahme sowie weiterer Flüsse mit relevantem Hochwasserrisiko beim vorsorgenden Hochwasserschutz. Die Erschließung neuer Retentionsräume und Polderflächen muss in enger Abstimmung von Hochwasserschutz, Naturschutz und Landwirtschaft erfolgen.

Die Landesregierung wird gebeten, folgende im Rahmen der vom MUGV initiierten Hochwasserkonferenz vorgeschlagenen Maßnahmen des Hochwasserrisikomanagements und der Risikovorsorge zu prüfen:

- Möglichkeiten flexibler abgestimmter Zusammenarbeit der zuständigen Behörden verschiedener Ebenen im Hochwasserfall,
- Überprüfung der gesetzlichen Regelungen zu Anforderungen für ein hochwasserangepasstes Bauen und weitere Fortsetzung der Fortbildungsveranstaltungen für Kommunen zum Thema „Hochwasserschutz und Bauplanungsrecht“,
- Erstellung eines Konzeptes zur Sicherstellung von Hilfskräften vor dem Hintergrund rückgängiger Unterstützung durch die Bundeswehr und unsicherer Verfügbarkeit ehrenamtlicher Helfer,
- Überprüfung und Ergänzung von Pegelmessstellen zur Verbesserung der Hochwasserprognose,

Datum des Eingangs: 22.02.2011 / Ausgegeben: 22.02.2011

- Prüfung der Auswirkung der Tagebauseen in der Lausitz auf das Hochwassergeschehen, insbesondere ihrer Potenziale zur Wasserrückhaltung für Spree und Schwarze Elster,
- Prüfung der Einrichtung ständiger Arbeitsgruppen zum Hochwasserrisikomanagement in den Regionen und von Pilotprojekten,
- Durchführung regionaler Hochwasserkonferenzen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit,
- Verbesserung der Schadensregulierungsmöglichkeiten in Härtefällen.

Über das Ergebnis der Prüfung soll das zuständige Mitglied der Landesregierung dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im 3. Quartal 2011 berichten.

Begründung:

Bereits am 2. Juli 2010 hat der Landtag die Entschließung „Hochwasserschutz verbessern durch entschlossenes Hochwasserrisikomanagement“ angenommen und darin die Landesregierung aufgefordert, die nationale und internationale Zusammenarbeit im Hochwasserschutz zu stärken, die Hochwasserrisikomanagementplanung voranzutreiben und neue Retentionsräume zu schaffen. An der Umsetzung dieses Antrages ist zwischenzeitlich durch die Landesregierung intensiv gearbeitet worden.

Die aktuellen Hochwasserereignisse in den letzten Monaten haben nicht nur erneut die Dringlichkeit dieses Themas vor Augen geführt, sondern auch neue Hinweise auf Handlungsschwerpunkte im Hochwasserschutz gegeben. Wichtige Handlungsfelder hat die Landesregierung bereits aufgegriffen und als Schwerpunktaufgaben festgelegt.

Weitere mögliche Maßnahmen des Hochwasserschutzes wurden bei der vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz initiierten Hochwasserkonferenz am 9.2.2011 von den Teilnehmern aus den verschiedenen Behörden und Landkreisen vorgeschlagen. Diese Vorschläge sollen dahingehend geprüft werden, ob sie einen maßgeblichen Beitrag zum Hochwasserschutz leisten und wie sie gegebenenfalls realisiert werden können.

Für die SPD-Fraktion
Ralf Holzschuher

Für die Fraktion DIE LINKE
Kerstin Kaiser